

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR INFRASTRUKTUR UND LANDESENTWICKLUNG  
Archivstraße 1 | 01097 Dresden

Ihr/-e Ansprechpartner/-in

PVP Kooperation z.H. Stadträtin Anne Herpertz

Per Email

## **PVP-Kooperation - Windkraftanlagen auf dem Dresdner Stadtgebiet**

Sehr geehrte Frau Herpertz, wir danken Ihnen für Ihre Anfrage vom 05.01.2026 zum Thema Windenergie und dem Stadtratsbeschluss der Landeshauptstadt Dresden aus dem Jahr 2013 und möchten diese wie folgt beantworten:

1. Unseres Wissens nach verhindert dieser Stadtratsbeschluss lediglich die Errichtung von Windkraftanlagen durch die Landeshauptstadt selbst. Gilt das Verbot auch für die Errichtung durch Privatpersonen, juristische Personen oder Personengemeinschaften?

Nach unserer Auffassung richtet sich die Beschlussziffer 8 des Beschlusses vom 20.06.2013 (SR/056/2013, Beschluss zu V2021/12) mit dem Inhalt „Der Stadtrat lehnt die Errichtung von Windkraftanlagen im gesamten Dresdner Stadtgebiet ab.“ intern an die Stadtverwaltung selbst.

Genehmigungsanträge von Dritten, die auf die Errichtung von Windenergieanlagen gerichtet sind, sind grundsätzlich zu genehmigen, wenn sie den rechtlichen Anforderungen genügen. In dem Fall hat der Antragsteller einen (auch einklagbaren) Anspruch auf Erteilung der Genehmigung.

2. Welche Behörden/ Stellen sind für die Genehmigung zur Errichtung einer Windkraftanlage auf dem Dresdner Stadtgebiet zuständig? Sind diese an den Stadtratsbeschluss gebunden?

Windenergieanlagen ab einer Höhe von 50 Metern sind nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (kurz: BImSchG) genehmigungsbedürftige Anlagen. Für die Genehmigung von Windenergieanlagen ab 50 Metern Höhe sind grundsätzlich die unteren Immissionsschutzbehörden zuständig. Wer in Sachsen die Funktion der Immissionsschutzbehörden ausführt, wird nicht im Bundesgesetz geregelt, sondern in dem sächsischen Ausführungsgesetz zum Bundes-Immissionsschutzgesetz und zum Benzinbleigesetz (kurz: AGImSchG). § 1 des AGImSchG weist die Funktion der unteren Immissionsschutzbehörden den Landkreisen und Kreisfreien Städten zu. Dresden als kreisfreie

Ihre Nachricht vom

**Aktenzeichen**  
(bitte bei Antwort angeben)  
41-2417/2/48-2026/2641

**Dresden,**  
15.01.2026

**FÜR LEBENDIGE  
REGIONEN**



**Hausanschrift:**  
Sächsisches Staatsministerium  
für Infrastruktur und  
Landesentwicklung

Archivstraße 1  
01097 Dresden

[www.smil.sachsen.de](http://www.smil.sachsen.de)

**Verkehrsverbindung:**  
Zuerreichen mit den Straßen-  
bahnlinien 3, 6, 7, 8, 13

Für Besucher mit Behinderungen  
befinden sich gekennzeichnete  
Parkplätze am Königsufer.  
Für alle Besucherparkplätze gilt:  
Bitte beim Pfortendienst melden.

Bitte beachten Sie die allge-  
meinen Hinweise zur Verarbeitung  
personenbezogener Daten durch  
das Sächsische Staatsministe-  
rium für Infrastruktur und  
Landesentwicklung zur Erfüllung  
der Informationspflichten nach der  
Europäischen Datenschutz-  
Grundverordnung auf  
[www.smil.sachsen.de](http://www.smil.sachsen.de)

Stadt ist damit selbst untere Immissionsschutzbehörde. Nach unserer Kenntnis werden diese Aufgaben im Umweltamt der Landeshauptstadt Dresden ausgeübt. Die Genehmigung ist nach § 6 BImSchG zu erteilen, wenn dem Vorhaben keine öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstehen. Die Erteilung der Genehmigung steht dann nicht im Ermessen der Behörde, sie muss also die Genehmigung erteilen. Sollte das Umweltamt wegen des entgegenstehenden Stadtratsbeschlusses die Genehmigung verweigern, könnte der Antragsteller seinen Anspruch gerichtlich geltend machen. Dann müsste das Gericht entscheiden, ob dem Antrag stattzugeben ist oder ob die Ablehnung der Genehmigung rechtmäßig war.

3. Welche Faktoren und Einschränkungen sind bei der Errichtung einer Windkraftanlage auf dem Stadtgebiet Dresdens zu beachten? Welcher Anteil der Dresdner Stadtfläche ist für die Errichtung von Windkraftanlagen überhaupt geeignet?

Derzeit existiert im Geltungsbereich des Regionalen Planungsverbands Oberes Elbtal/Osterzgebirge, zu dem auch die kreisfreie Stadt Dresden gehört, kein Regionalplan, der die Steuerung der Windenergie übernimmt. Insoweit sind grundsätzlich im gesamten bauplanungsrechtlichen Außenbereich Windenergieanlagen privilegiert nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch. Wegen der fehlenden Steuerung durch einen Regionalplan gilt aber § 84 Abs. 2 der Sächsischen Bauordnung, wonach die Anlagen einen Mindestabstand von 1000 Metern zu Wohngebäuden einhalten müssten.

Weiterhin müssten auch alle anderen rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sein, es müssten also beispielsweise die Auswirkungen der Anlage auf Tier- und Pflanzenarten ermittelt werden, der Schutz des Grundwassers muss gewahrt werden, es müssen Sicherheitsabstände zu Stromtrassen und anderen baulichen Anlagen eingehalten werden, etc. Die jeweiligen Belange werden regelmäßig erst im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ermittelt erst nach Ausgang des Verfahrens lässt sich abschließend feststellen, ob die entsprechende Anlage an dem geplanten Standort zulässig wäre oder nicht.

Eine Studie, welcher Anteil der Dresdner Stadtfläche sich für die Errichtung von Windenergieanlagen eignet, liegt uns nicht vor.

4. Kann der Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge trotz des Stadtratsbeschlusses Vorrangflächen auf dem Dresdner Stadtgebiet ausweisen? Falls ja, durch wen erfolgt dann die Errichtung der Anlagen?

Der Regionale Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge ist nicht an den Stadtratsbeschluss der Landeshauptstadt Dresden gebunden. Im Regionalplan können daher grundsätzlich auch Vorrangflächen auf dem Dresdner Stadtgebiet ausgewiesen werden. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass Dresden selbst ebenfalls im Beschlussgremium des Regionalen Planungsverbands, nämlich der Verbandsversammlung, vertreten ist. Insoweit hat Dresden selbst auch in gewissem Umfang Einfluss darauf, an welcher Stelle Vorranggebiete für Windenergie entstehen.

Die Errichtung von Anlagen erfolgt im Regelfall durch private Vorhabenträger, welche sich auf dieses Wirtschaftsfeld spezialisiert haben. Hierbei handelt es sich meistens um

bundesweit agierende Firmen, die die Standorte für die Anlagen nach ökonomischen Gesichtspunkten auswählen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Kathleen Kaiser-Brockmann  
Abteilungsleiterin Landesentwicklung, Vermessungswesen